

Aaron Sahr, Florian Schmidt | Essay | 05.06.2025

Der Euro soll schießen lernen

Wie die Präsidentin der Europäischen Zentralbank die Aufrüstungsdebatte um ein geldpolitisches Argument erweiterte

In einer bemerkenswerten [Rede](#) hat EZB-Präsidentin Christine Lagarde Europa dazu aufgerufen, seine „harte Macht“ zu stärken, um dem Euro zu größerer internationaler Relevanz zu verhelfen und ihm neue geopolitische Bedeutung zu verschaffen, die es Europa ermöglichen würde, „sein eigenes Schicksal stärker bestimmen“ zu können.¹ Die Zentralbankchefin sieht die Chance für einen „globalen Euro-Moment“, warnt aber: „Der Euro wird nicht automatisch an Einfluss gewinnen, sondern wird sich diesen erst verdienen müssen.“

Wie aber verdient man sich die Kontrolle über das kontinentale Schicksal? Die Botschaft der am 26. Mai 2025 an der Hertie School of Governance in Berlin gehaltenen Rede ist eindeutig: Will Europa währungspolitisch zu den USA – dem Produzenten der bisherigen Weltwährung – aufschließen, führt kein Weg an massiven Investitionen in die eigene militärische Schlagkraft vorbei. Lagarde betont, „der Wiederaufbau harter Macht“ sei „eine Vorbedingung dafür [...], dass der Euro stärker genutzt wird“. Sich eine gewichtigere globale Position zu verdienen, das heißt für den Euro, schießen zu lernen. Ohne auf die umfangreiche und hochgradig vitale Debatte um das „außergewöhnliche Privileg“ des US-Dollars und die Zukunft internationaler Zahlungssysteme im Detail einzugehen, wollen wir einige Anmerkungen zu dieser bemerkenswerten Rede und den Konsequenzen von Lagardes Forderungen machen.²

Aufrüstung als Geldpolitik

Soll eine Währung auch außerhalb des eigenen Territoriums begehrt sein, muss der jeweilige Nationalstaat oder, wie im Falle des Euro, Staatenbund globale Nachfrage erzeugen.³ Das gelinge den USA derzeit noch besser als der Europäischen Union, so Lagarde. Grund dafür seien neben binnenwirtschaftlichen Problemen und den schwierigen Entscheidungsfindungen der föderalen Struktur vor allem die geringe militärische Schlagkraft der EU. Die EZB-Chefin argumentiert, dass Investoren – besonders staatliche – an Vermögenswerten von solchen Regionen interessiert seien, „die verlässliche Sicherheitspartner sind und ihren Verpflichtungen mit harter Macht nachkommen

können“. Das aber könne Europa noch nicht glaubwürdig versichern und dementsprechend griffen Investoren lieber zu Dollar- als zu Euroanleihen. Ohne militärische Stärke bleibe der Euro trotz Europas (weicher) Handelsmacht eine zweitrangige Reservewährung, folgert Lagarde. In diesem Kontext bezeichnet sie gemeinsame Verteidigungsausgaben als „europäisches öffentliches Gut“ – eine deutliche Anspielung auf mögliche EU-Anleihen für Rüstungszwecke. Gemeinsame Militärausgaben könnten also gleichzeitig Europas Mangel an sicheren Anlagepapieren beheben und seine militärische Schlagkraft stärken, womit Lagarde eine in dieser Klarheit doch bemerkenswerte Verknüpfung von geo- und geldpolitischen Kalkülen vornimmt.

Erst kürzlich hatten etwa noch die Finanzwissenschaftler Jens van 't Klooster und Steffen Murau erklärt, ein zentrales Hemmnis der internationalen Bedeutung des Euro sei die Versteifung Brüsseler und Frankfurter Entscheidungsträger darauf, jene Bedeutung vor allem als Ergebnis von Marktprozessen zu denken – und zu wenig als politisch zu gestaltende Aufgabe, als *governance*.⁴ Lagarde jedenfalls scheint diesen Aufruf gehört zu haben.

EZB-Chefin Lagarde bläst zum Angriff auf den Dollar

Die amerikanische Leitwährung ist in der Tat angeschlagen, davon weiß Lagarde nicht nur in Bezug auf die Wankelmütigkeit des amtierenden US-Präsidenten zu berichten: Der Anteil des US-Dollars an den weltweiten Devisenreserven liegt mit 58 Prozent auf dem niedrigsten Stand seit 1994. Gleichzeitig häufen Zentralbanken Gold in Rekordtempo an. Der Goldanteil an den globalen Reserven hat mit rund 20 Prozent sogar den des Euro übertroffen.⁵ Diese Entwicklung erinnert Lagarde an frühere Krisen des Dollar-Systems: In den 1930er-Jahren, nach der Aufhebung der Goldkonvertibilität, und in den 1970er-Jahren, nach dem Ende von Bretton Woods, hätten Anleger mangels einer glaubwürdigen Alternative zum Dollar ebenfalls Zuflucht im Gold gesucht.

So sei aktuell ein Handlungsfenster entstanden – und die Voraussetzungen für den Euro, seinerseits Weltwährung zu werden, seien, meint Lagarde, durchaus günstig. Die EU verfüge schließlich über das größte Netzwerk von Handelsabkommen weltweit und sei Handelspartner Nummer eins für 72 Länder, die zusammen fast 40 Prozent der Weltwirtschaftsleistung repräsentierten. Der Euro-Anteil bei Handelsrechnungen liege bereits bei rund 40 Prozent – doppelt so hoch wie sein Anteil als Reservewährung. Dennoch hinke Europa wirtschaftlich hinterher: Seit 2000 sei die US-Arbeitsproduktivität doppelt so stark gewachsen wie in der Eurozone und US-Märkte erzielten etwa fünfmal höhere

Renditen als europäische. Auch bei sicheren Anlagen falle Europa zurück: Staatsanleihen mit Top-Bonität machten in der EU nur knapp 50 Prozent des BIP aus, in den USA über 100 Prozent. Zeit also, an der globalen Bedeutung der europäischen Währung zu arbeiten, meint die EZB-Präsidentin.

Zu diesem Zweck stellt sie eine Art Playbook für Weltreservewährungsanwärter vor. In ihrer Rede identifiziert sie drei Grundpfeiler für die Relevanz internationaler Währungen, die Altbekanntes, aber vor allem im Hinblick auf die Rolle des Militärs eben auch durchaus Erstaunliches enthalten. Auf der wirtschaftlichen Ebene müsse Europa den Binnenmarkt vollenden, die Kapitalmarktunion vorantreiben und Bürokratie abbauen, damit Güter und Dienstleistungen schneller, günstiger, profitabler zirkulieren könnten. Das stärke die Nachfrage nach dem Euro auch international. Der zweite Pfeiler, auf dem die Relevanz des Euro fuße, sei das Recht. Die EU müsse politisch geeinter auftreten, so heißt es in der Rede, und mehr Mehrheitsentscheidungen ermöglichen, um externe Versuche, Druck auszuüben, abzuwehren. Das würde die Union zu einem verlässlicheren und handlungsfähigeren Akteur machen und damit den Euro zu einer stabileren und begehrteren Währung. Neben geringen Handelshemmnissen – ein klarer Wink in Richtung der Trump'schen Zölle – und einheitlicherem Auftreten, durch Abwehr des Störfeuers vonseiten abweichender Mitglieder mittels Mehrheitsprinzip, kann der Euro für Lagarde aber letztlich nur dann an globaler Bedeutung gewinnen, wenn man Europa auch geopolitisch stärke: Neben Handelsmacht brauche es militärische Schlagkraft.

Das könne man aus der Geschichte des US-Dollars lernen, erklärt Lagarde mit Verweis auf eine Studie von Barry Eichengreen, Arnaud Mehl und Livia Chițu, die auf Basis einer statistischen Korrelation zwischen Militärallianzen und Handelsvereinbarungen argumentiert, nicht allein die herausragende Wirtschaftskraft der USA habe den Dollar zur Weltreservewährung gemacht, sondern deren Außenpolitik, insbesondere Sicherheitsgarantien. Diese, zitiert Lagarde aus der Studie, hätten die internationale Nutzung des Dollars als Devisenreserve um etwa ein Drittel gesteigert.⁶ Deswegen müsse auch Europa die militärischen Kapazitäten für eine glaubhafte Sicherheitspolitik schaffen. Und da liegt die Crux: Mit dem Heranziehen von qualifizierenden Vokabeln wie „belastbar“, „hart“, oder „robust“ verweist Lagarde darauf, dass eine Handelsdiplomatie, die den Aufbau von Wertschöpfungsketten in der eigenen Währung mit Sicherheitsgarantien verbindet, nicht nur auf Einsatzfähigkeit, sondern auch auf Einsatzbereitschaft und deren Demonstration angewiesen ist.

Der Aufstieg des Dollars war blutig

Immer wieder greift Lagarde im Verlauf ihrer Rede die Geschichte des US-Dollars auf, um daraus Lehren für die Gegenwart und Zukunft des Euro zu ziehen. Dabei sind insbesondere die 1920er-Jahre von Interesse, als der US-Dollar das Pfund zuerst als global führende Handelswährung und dann auch als Reservewährung ablöste. Doch trotz Lagardes hochgerüsteter Rhetorik bleiben die in dieser Zeit stattfindenden Kriege seltsam abwesend. Die Verschiebung der globalen Geldmacht über den Atlantik lässt sich nämlich ohne die vorangegangenen Ereignisse auf dem europäischen Kontinent nicht verstehen. Der US-Dollar konnte überhaupt erst zur wichtigen Handelswährung werden, weil die Vereinigten Staaten im Ersten Weltkrieg kriegsrelevante Güter – Lebensmittel, Waffen, Munition – an die Entente-Mächte lieferten und sich in US-Dollar bezahlen ließen. Die Kriegsparteien – allen voran Großbritannien und Frankreich – erhielten aus den Vereinigten Staaten nicht nur die benötigten Güter, sondern eben auch Darlehen in US-Dollar, um ebenjene Güter bezahlen zu können.⁷ Die Tilgung dieser Dollardarlehen führte in der Zwischenkriegszeit zu erheblichen Turbulenzen in Europa.⁸ Solche historisch spezifischen Begleitumstände werden von Lagarde ebenso ausgespart wie das jähe Erliegen des herbeizitierten „Erfolgszyklus aus Wachstum, Kapitalmärkten und internationalem Währungsgebrauch“, das den Goldenen Zwanzigern ein düsteres Ende bescherte.

Während der Erste Weltkrieg die Vereinigten Staaten zum globalen Gläubiger von Dollarschulden avancieren ließ, wurde nach dem Zweiten Weltkrieg die globale Geldordnung auf den US-Dollar zugeschnitten und im Bretton-Woods-System konsolidiert. Der Marshallplan versorgte Europa gleichsam mit Dollar und für Dollar erwerbbaaren Gütern, zudem wurde die US-Währung als Verrechnungs- und Reservekomponente in das binneneuropäische Zahlungssystem integriert, weil die Europäer, kürzlich noch im bewaffneten Konflikt und mit Gold knapp bei Kasse, einen externen Geldbestand brauchten, um fehlendes Vertrauen untereinander zu ersetzen. Kurzum: Der Aufstieg des US-Dollars zur Weltwährung kann ohne die Weltkriege – nicht allein Sicherheitsversprechen in Militärallianzen, sondern *Weltkriege* – nicht erzählt werden.

Waffen und Energie

Auch in Bezug auf eine weitere Leerstelle der Rede lässt sich darüber spekulieren, was das geforderte „Nachkommen“ militärischer Verpflichtungen und der Aufbau „glaubhafter“ Militärkapazitäten der „harten Macht“ in der Praxis bedeuten könnten. Diese Leerstelle ist der Zusammenhang der Geld- mit der Energiefrage. Politische Ökonomen wie Helen Thompson oder Andrea Binder haben zuletzt eindrucksvoll gezeigt, wie eng die Geschichte

internationaler Zahlungsmittel mit den Brennstoffen des Kapitalismus verflochten ist.⁹ Währungshoheit auf den Weltmeeren hing beim britischen Pfund mit der Kontrolle von Kohle und beim US-Dollar mit dem Zugriff auf Öl und den Ölmarkt zusammen. Binder nennt die Rolle des Dollars in der Weltwirtschaft in Analogie zum klassischen Goldstandard einen „Dollar-Öl-Standard“.¹⁰ Sie spielt damit unter anderem auf das sogenannte [Petrodollar-System](#) an, also die Vereinbarung zwischen den USA und Saudi-Arabien aus den 1970er-Jahren, nach der Öl hauptsächlich in US-Dollar gehandelt wird. Die Saudis erhielten im Gegenzug Sicherheitsversprechen und Waffen. Saudi-Arabien und andere OPEC-Staaten verkaufen ihr Öl seitdem gegen Dollar und investieren die Erlöse dann wieder in US-Staatsanleihen und amerikanische Märkte. Da alle Länder Dollar benötigen, um Öl zu kaufen, gibt es eine konstante weltweite Nachfrage nach US-Dollar.¹¹

Die ölunduzierte Bedeutung des Dollars fußt aber nicht nur auf Sicherheitsversprechen und Waffenlieferungen, sondern auch auf dem begründeten Eindruck, dass die USA zum Einsatz ihrer Mittel bereit sind. Der augenscheinlichste Fall ist kontrovers: Saddam Husseins Ankündigung im Jahr 2000, irakisches Öl fortan in Euro anstatt in Dollar anzubieten, soll, so die These, ein Grund für die Besatzung des Irak durch US-Truppen drei Jahre später gewesen sei. Obwohl der Ölexport nach der Invasion zum Dollar zurückkehrte und der offiziell vorgetragene Kriegsgrund, der Irak verfüge über Massenvernichtungswaffen, als unzutreffend entlarvt und die Fehleinschätzung eingestanden wurde, gilt die These, die Invasion des Irak sei eigentlich ein „Währungskrieg“ gewesen, mehrheitlich als Verschwörungstheorie. Nichtsdestotrotz gab es einen Krieg gegen ein Land, das sich vom Dollar abwenden wollte – ob die geldpolitische Rationalität nun auslösend, bestärkend oder völlig nebensächlich war. Die realistische Möglichkeit amerikanischer Luftschläge müsste bei politischen Entscheidungen bezüglich genutzter Handelswährungen jedenfalls erwogen werden. Der Fall des Irak ruft deswegen wenigstens ein hypothetisches Szenario vor Augen: Wie müsste sich ein aspirierender Dollar-Nachfolger gegenüber einem Land verhalten, das die eigene Währung als internationales Zahlungsmittel zurückweist? Lagarde hebt schließlich hervor, dass die sicherheitspolitische Säule des Euro auf „glaubwürdigen“ Ambitionen und „robusten“ Maßnahmen fußen müsse.

Zurück zum Dollar und dessen Erfolgsbedingungen: Das Petrodollar-Arrangement ist unstrittig ein wichtiger Pfeiler der amerikanischen Wirtschaftsmacht, macht aber die USA auch abhängig von belastbaren Beziehungen zu den ölproduzierenden Ländern. Durch die Fracking-Revolution, welche die USA selbst zu einem potenten Öllieferanten gemacht hat, potenziell aber noch stärker durch das Umsatteln auf erneuerbare Energieformen, ordnen

sich diese Beziehungsgeflechte derzeit allerdings neu. Nicht nur wurde in den vergangenen zwei Jahren über eine mögliche Bereitschaft Riads spekuliert, Öl gegen andere Währungen zu verkaufen,¹² auch werden mit der Energiewende andere Rohstoffe (etwa Seltene Erden) gefragt, wodurch neue Lieferländer in Machtpositionen gelangen. Binder argumentiert, dass wir alsbald in „einer Welt multipler Energieressourcen leben“¹³ werden, deren Geldordnung sich entsprechend ihren Bedürfnissen – oder besser: nicht unabhängig von den neuen Ab- und Unabhängigkeiten – organisieren wird.

Für die Ausgestaltung von Lagardes „Europa-Moment“, die Schaffung „glaubhafter geopolitischer Fundamente“ inklusive „robuster“ Kapazitäten (heißt: funktionierender Panzer und bewaffneter Flugzeuge, oder?) haben diese Veränderungen Konsequenzen. Überzeugt werden von der militärischen Deckung des Euro müssten vor allem Länder, die für die Energieversorgung der Zukunft und deren Handel relevant sind. Außerdem werden auf diese Weise erneuerbare, das heißt vor Ort produzierbare, Energieformen nicht nur zu einer sicherheitspolitischen, sondern nunmehr auch zu einer geldpolitischen Notwendigkeit. Dasselbe würde natürlich auch für den Ausbau von Atomenergie gelten. Jedenfalls wäre Europas geldpolitische Position besser, je weniger abhängig es von Energielieferländern ist, die sich von der geopolitischen Robustheit der Union beeindruckt zeigen würden.

Im Bestfall kann man aus Lagardes Rede also trotz der Aussparung der Energiefrage ein Plädoyer für einen sicherheitspolitisch motivierten Aufbau autarker Energieversorgung (sofern möglich) folgern. Wäre unter weniger optimalen Umständen aber auch die Belieferung von Liquified Natural Gas-Lieferanten mit Waffen, schlimmstenfalls militärischer Druck auf die Versorgerländer denkbar? Die deutsche Wirtschaft hat ihre Gasbezüge aus Russland gerade gegen Flüssiggaslieferungen getauscht, die zum allergrößten Teil aus den USA kommen, die sich von der EU militärisch wohl kaum werden beeindrucken lassen.

Ist die Zeit der Weltwährungen vorbei?

„Verdienen“, wie es bei Lagarde heißt, lässt sich eine größere internationale Relevanz des Euro immer nur mittels Aufbegehren gegen den alten Hegemon. Ob der US-Dollar in seiner internationalen Rolle so geschwächt ist, dass es schon bald – analog zur von Lagarde rekonstruierten Ablösung des britischen Pfunds nach dem zweiten Weltkrieg – zu einer Neuvergabe der währungspolitischen Spitzenposition kommt, ist vonseiten der Forschung und Expertise allerdings umstritten.¹⁴ Zuletzt verdichten sich die Hinweise darauf, dass es,

dem Argument von Binder entsprechend, in Zukunft nicht nur keine neue, sondern schlicht gar keine global dominierende nationale (oder, im Falle des Euro, supranationale) Währung mehr geben wird. Dafür spricht, neben der Energiewende, dass eine international dominante nationale Währung auch nationale Machtkonzentration bedeutet. So haben die USA in Reaktion auf die Anschläge vom 11. September 2001 ihre Möglichkeiten zur Einflussnahme auf Zahlungsvorgänge im Ausland im Rahmen des sogenannten *financial war on terror* ausgeweitet und intensiv genutzt und damit den Unmut vieler Länder und Regionen auf sich gezogen.¹⁵

Geopolitische Machtblöcke wie BRICS bemühen sich deswegen zunehmend um den Aufbau eigener, von den USA unabhängiger Zahlungsinfrastrukturen. Die jüngste und in ihrem Umfang beispiellose „[monetäre Kriegsführung](#)“¹⁶ gegen Russland, also der Ausschluss russischer Banken aus dem Interbankennachrichtendienst SWIFT und das Einfrieren russischer Devisenreserven (auch in Europa), waren Wasser auf diese Mühlen. Das Szenario der monetären „Deglobalisierung“ scheint vor diesem Hintergrund immer wahrscheinlicher. Gemeint ist die These, dass Zahlungsbeziehungen stärker lokal, bi- oder multilateral innerhalb regionaler Ländergruppen und geopolitischer Machtblöcke ausgehandelt werden. Russland, Indien und China erproben den grenzüberschreitenden Handel mithilfe ihrer eigenen Währungen bereits.

Auch Zentralbanken, häufig und – zumindest in der Vergangenheit – auch auf eigenes Bestreben hin als technokratische Behörden wahrgenommen, agieren zunehmend unter einem geopolitischen Leitmotiv.¹⁷ „Globale gemeinsam betriebene Zahlungssysteme werden weniger wahrscheinlich“, stellte auch die Deutsche Bundesbank bereits im Monatsbericht April 2023 fest, also noch vor der Rückkehr des MAGA-Präsidenten, dessen Irrationalitäten in der Zollpolitik auch Lagarde Anlass gaben, ernsthaft über eine Zeit nach der Dominanz des Dollars nachzudenken. Man befände sich, so die Bundesbank damals, am „Beginn einer Zeitenwende“, in der der europäische Zahlungsverkehr „souveräner werden“ solle.¹⁸

Fragmentierung ist also eine Möglichkeit, wie die Zukunft des internationalen Zahlungsverkehrs aussehen könnte. Wer am globalen Wertschöpfungs- und Handelsnetzwerk ernsthaft teilhaben will, kommt derzeit aber noch nicht an Geschäften mit dem US-Bankensystem und den Rückgriff auf in Dollar denominierte Zahlungsmittel vorbei. Inwiefern Europas Aufrüstung hier zu einem Machtwechsel führen könnte, bleibt im Detail vage. Um ein exakteres Bild zu zeichnen, müsste man beantworten – und beantworten wollen! – wie „robust“ die sicherheitspolitischen Kapazitäten sein sollen, wie

man militärischer Bündnisfähigkeit „nachzukommen“ gedenkt, kurz: Wie weit man für die internationale Bedeutung des Euro zu gehen bereit wäre.

Kriegstüchtig für den Euro

Eine Leitwährung, erklärt uns die Zentralbank-Chefin, wird durch militärisch unterstützte Diplomatie etabliert, und zwar vor allem im Hinblick auf Schlüsselressourcen und bedeutende Wertschöpfungsketten. Wird Europa also Sicherheitsgarantien für Länder aussprechen, die Flüssiggas oder Seltene Erden liefern und als Bezahlung Euro-Anleihen akzeptieren? Wird es in besagten Ländern Militärbasen bauen oder gar Truppen mobilisieren, wenn jemand Geschäftsverträge in anderen Währungen abwickeln will? Sollen die Militärexporte an Israel oder die Ukraine künftig an weitreichende Zusagen der Empfängerländer geknüpft werden, international in Euro zu handeln – auch gegen den Dollar? Schließlich bedeutet das Szenario der „Deglobalisierung“, dass sich Leitwährungen künftig allenfalls innerhalb geopolitischer Blöcke etablieren lassen. Der aufgerüstete Euro müsste sich dann innerhalb des eigenen Blocks, also gegen US-Dollar oder Schweizer Franken positionieren und sich – und zwar ernsthaft, das heißt mittels Waffen – *behaupten*. Und wären das, von moralischen oder strategischen Erwägungen einmal ganz abgesehen, mehrheitsfähige Maßnahmen?

Am Ende hieße die Stärkung „harter Macht“ eben auch, glaubhaft versichern zu können, dass die eigene Bevölkerung bereit ist, für geldpolitische Ziele existenzielle Opfer zu bringen. Wenn nicht hinreichend viele Wählerinnen und Wähler überzeugt sind, dass nicht nur die Freiheit Deutschlands, sondern auch die Zukunft des Euro „[am Hindukusch](#)“ verteidigt wird, dürften jene politischen Kräfte an Stimmen gewinnen, die für weniger militariserte Politikstile eintreten.

Der Furor um den Podcaster und Autor Ole Nymoen und dessen inzwischen als schmale [Monografie](#) publizierte Stellungnahme zum eigenen Unwillen,¹⁹ für die Interessen eines Nationalstaates zu sterben, zeigt, dass die jüngeren Generationen, diejenigen also, die Gesellschaften als Soldatinnen und Soldaten in die Welt schicken, selbst in Bezug auf geografisch relativ nah gelegene Kampfhandlungen nicht sofort und abwäungsfrei zum Fronteinsatz bereit sind. Auch wenn Kohorten-Mitglieder Nymoen ebenso überzeugt widersprechen wie dieser für den Pazifismus wirbt, bleiben Zweifel daran, ob die Bereitschaft zum Einsatz für die Landesverteidigung soweit geht, sich die internationale Dominanz des Euro mit Leib und Leben, wie Lagarde es formuliert, „zu verdienen“. Natürlich will die EZB-Chefin mit ihrer Rede vor allem für eine Stärkung der Union durch

schlankere Entscheidungsverfahren und gemeinsame Finanzierung öffentlicher Güter werben. Aber wenn der proklamierte monetäre Militarismus ernst gemeint ist, läuft er auf eine einfache Frage hinaus: Würden wir für den Euro in den Krieg ziehen?

Endnoten

1. Christine Lagarde, Einfluss gewinnen: Lehren aus der internationalen Währungsgeschichte, Rede gehalten bei einer Veranstaltung des Jacques-Delors-Zentrums an der Hertie School of Governance in Berlin, 26. Mai 2025. Online unter: <https://www.ecb.europa.eu/press/key/date/2025/html/ecb.sp250526~d8d4541ce5.de.html> (03.06.2025).
2. In der Presse hat die Rede, soweit wir das überblicken, keine große Resonanz erhalten. Die Financial Times etwa beschäftigte sich in den Tagen danach lieber mit Gerüchten um Lagardes baldigen Rücktritt. Auch im Economist und bei Bloomberg finden sich keine nennenswerten Reaktionen. Im deutschsprachigen Raum hat Gerald Braunberger für die FAZ die Rede kommentiert. Dabei nennt er Lagardes „Anforderungskatalog“ anspruchsvoll, begrüßt aber ihre Verknüpfung von wirtschaftlichen, politischen und militärischen Überlegungen als Aufruf zum bislang in Europa eher vernachlässigten „strategischen Denken“. Gerald Braunberger, Mars und Merkur, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2.6.2025, S.15. Vgl. außerdem Manfred Schäfers, Lagarde sieht Weltordnung erschüttert. EZB-Präsidentin skizziert, die Europa die Rolle des Euro stärken kann, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27.5.2025, S. 18.
3. Wir verbleiben zunächst weitestgehend im Rahmen der von Lagarde vorgelegten Analyse dieser Allgemeinaussage. Exemplarisch für eine stärker machtanalytische Rekonstruktion der Grundlagen siehe Carla Norrlöf, Dollar Hegemony: A Power Analysis, in: Review of International Political Economy 21(2014), 5, S. 1042–1070. Insbesondere die Bedeutung von Offshore-Dollarproduktion (wie etwa dem Eurodollarmarkt) scheinen uns hier, neben dem später erwähnten Aspekt der Energie, ausgeblendet, siehe dazu etwa Andrea Binder, Offshore Finance and State Power, Oxford 2023; Jens van't Klooster / Steffen Murau, Rethinking Currency Internationalisation: Offshore Money Creation and the EU's Monetary Governance, in: Journal of European Public Policy 25 (2025), S. 1–27. Auch die Kategorie der Digitalisierung und damit der digitale Euro bleibt in dieser Rede erstmal außen vor, wobei hierauf derzeit in der Regel der Fokus (geopolitischer) EZB-Kommunikation liegt, weswegen das nur der Vollständigkeit halber erwähnt sei.
4. Jens van 't Klooster / Steffen Murau, Rethinking Currency Internationalisation.
5. Der Euro ist international übrigens kaum begehrt als es die Deutsche Mark als

einzelne nationale Währung war, siehe dazu die Daten in Ebd.

6. Barry Eichengreen / Arnaud Mehl / Livia Chitu, Mars or Mercury redux: The Geopolitics of Bilateral Trade Agreements, in: The World Economy 44(2020), 1, S. 21–44.
7. Jennifer Siegel, Der Preis des Krieges, in: Bruno Cabanes u.a. (Hg.), Eine Geschichte des Krieges Vom 19. Jahrhundert bis in die Gegenwart, Hamburg 2020, S. 166–180.
8. Adam Tooze, Sintflut. Die Neuordnung der Welt 1916–1931, München 2015, übers. von Norbert Juraschitz und Thomas Pfeiffer; vgl. auch Andrea Binder, Das Vermächtnis des Dollar-Öl-Standards, in: Aaron Sahr (Hg.), Geldpolitik im Umbruch, Bonn 2024, S. 171–193.
9. Helen Thompson, Disorder. Hard Times in the 21st Century, Oxford 2022; Binder, Das Vermächtnis des Dollar-Öl-Standards.
10. Ebd.
11. Carla Norrlöf, „Naht der Niedergang des Petrodollars?“, erschienen bei Project Syndicate unter:
<https://www.project-syndicate.org/onpoint/saudi-petrodollars-do-they-matter-for-us-currency-hegemony-by-carla-norrlöf-2024-07/german> (28.05.2025).
12. Ebd.
13. Binder, Das Vermächtnis des Dollar-Öl-Standards, S. 192.
14. Exemplarisch: Bernd Kempa u.a., Der US-Dollar als Leitwährung – alternativlos?, in: Wirtschaftsdienst 98(2018), 10, S. 691–710; Paweł Tokarski, Der Euro angesichts der Dollar-Dominanz, SWP-Studie 2023/S 11, Berlin 2023; Daniel McDowell, Bucking the Buck. US Financial Sanctions and the International Backlash Against the Dollar. New York 2023; Christian R Proaño / Martin Hümmrich, The U.S. Dollar Dominance: Origins, Status Quo, and Implications for Europe, in Vierteljahreshefte zur Arbeits- und Wirtschaftsforschung 2(2025), 2, S. 175–195.
15. McDowell, Bucking the Buck; Carsten Hefeker, Financial Sanctions and the US-Dollar, in: Vierteljahreshefte zur Arbeits- und Wirtschaftsforschung 2(2024), 2, S. 197–212.

16. Aaron Sahr, Monetäre Kriegsführung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 72(2022), 18–19, S. 40–45.
17. Insbesondere, wie der Politikwissenschaftler Lukas Spielberger jüngst rekonstruiert hat, die EZB: Lukas Spielberger, No Longer Neutral: The ECB's Geopoliticization of the International Role of the Euro, in: Politics and Governance 13(2025), S. 1-17.
18. Deutsche Bundesbank, Monatsbericht April, 2023, S. 69 f. Inwieweit es eigentlich angebracht ist, dass sich diese unabhängigen Behörden derart explizit (geo-)politisch engagieren, steht auf einem anderen Blatt.
19. Ole Nymoen, Warum ich niemals für mein Land kämpfen würde. Gegen die Kriegstüchtigkeit, Hamburg 2025.

Aaron Sahr

Dr. Aaron Sahr, Wirtschaftssoziologe, ist Leiter der Forschungsgruppe „Monetäre Souveränität“ am Hamburger Institut für Sozialforschung. Zu seinen Forschungsinteressen gehören die Soziologie des Geldes, Banken- und Wirtschaftstheorie, Kapitalismusgeschichte, Ungleichheit und Sozialontologie.

Florian Schmidt

Florian Schmidt ist Mitglied der Forschungsgruppe „Monetäre Souveränität“ am Hamburger Institut für Sozialforschung. In seinem Dissertationsprojekt untersucht er historische Entpolitisierungen der Geldordnung nach Kriegen. Neben der politischen Soziologie des Geldes und der Geschichte des Kapitalismus interessieren ihn sozialwissenschaftliche Ansätze zur Narrativität und Fiktionalität sowie das Verhältnis von Soziologie und Literatur(-wissenschaft).

Dieser Beitrag wurde redaktionell betreut von Hannah Schmidt-Ott.

Artikel auf soziopolis.de:

<https://www.sozopolis.de/der-euro-soll-schiessen-lernen.html>